

Runder Tisch Friedensbewegung der Fraktion DIE LINKE am 9.9.2022

Hintergrundtexte zum Vortrag von Jörg Kronauer

Auszug aus dem Aufsatz "Die doppelte Weltkriegsgefahr" (telegraph #139/140 2021/2022)

(...)

Dies geschieht zu einer Zeit, zu der China sich anschickt, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zur Weltmacht zu werden. Wirtschaftlich ist das Land nicht mehr weit von der Weltspitze entfernt: Sein Bruttoinlandsprodukt wird den gängigen Prognosen zufolge dasjenige der USA und damit auch das der EU um 2030 herum in absoluten US-Dollar-Zahlen überholen; berechnet man es nach Kaufkraftparität, dann ist die Volksrepublik schon heute die globale Nummer eins. Auf der Fortune Global 500-Rangliste der weltgrößten Konzerne ist China mittlerweile das Land, das mit den meisten Unternehmen vertreten ist (mit 124); die Zahl der US-Firmen auf der Rangliste ist auf 121 gesunken, die Zahl der deutschen Konzerne auf nur noch 27. Dabei hat sich die Volksrepublik nicht nur quantitativ nach oben gearbeitet, sondern auch qualitativ: Sie hat nach Einschätzung des European Council on Foreign Relations (ECFR) heute nicht nur beim Mobilfunkstandard 5G, sondern unter anderem auch bei der Entwicklung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz die Nase vorn. Das ist keine Marginalie, denn in Zukunft wird, so heißt es in einem Ende 2021 vom ECFR publizierten "Power Atlas", die "Geopolitik von Ländern und Unternehmen beherrscht", die herausragende Fähigkeiten etwa in Künstlicher Intelligenz, Robotik, Nano- sowie Biotechnologie, Quantencomputing und weiteren zentralen High-Tech-Bereichen besitzen. Dort dominieren, so heißt es im "Power Atlas", die USA und China; die EU hingegen "hält nicht mehr mit".

Aufbauend auf seiner ökonomischen Stärke hat China auch seinen politischen Einfluss systematisch ausgeweitet. Bereits in den 2000er Jahren hat es seine Beziehungen zu den Ländern Afrikas ausgebaut; am alle drei Jahre stattfindenden China-Afrika-Gipfel (Forum on China-Africa Cooperation, FOCAC) nehmen inzwischen sämtliche Staaten des Kontinents außer Eswatini (Ex-Swasiland) teil. Die Volksrepublik ist ihr größter Handelspartner und einer der Hauptinvestoren, und beim Bau von Infrastruktur ist sie in Afrika längst die Nummer eins. Sie hat enge Kontakte zu allerlei Staaten Lateinamerikas geknüpft - keineswegs nur zu Kuba und Venezuela, sondern etwa auch zu Brasilien -, und sie ist in Südostasien massiv präsent. Das Freihandelsbündnis RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership), das China, Japan, Südkorea, die zehn ASEAN-Länder, Australien und Neuseeland zusammenschließt, ist das größte der Welt; es hat das Zeug, künftig maßgeblich Standards und Normen zu setzen und damit zugleich politische Wirkung zu entfalten. Beijings wohl bedeutendstes Großprojekt ist allerdings die Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI), die Präsident Xi Jinping im Jahr 2013 ausgerufen hat und die mit Schienen, Straßen und Häfen Ostasien mit Europa verbinden soll - ein Infrastrukturprojekt von gewaltigen Ausmaßen. Nebenbei: Wenn man so will, entsteht da gerade das von Brzezinski gefürchtete "Eurasien", wenngleich nicht von Westen, sondern von Osten her.

Mit seinen großen Kooperationsprojekten vom FOCAC bis zur BRI kommt China freilich der EU in die Quere. Vor allem Deutschland und Frankreich legen erheblichen Wert auf eine starke Stellung auf dem afrikanischen Kontinent; mit der Volksrepublik haben sie dort nun einen Konkurrenten, dessen Einfluss demjenigen Europas inzwischen den Rang abläuft. Das

ist nicht nur ökonomisch, sondern auch in der öffentlichen Meinung der Fall: Im Jahr 2021 stuften gut 63 Prozent der Bevölkerung des Kontinents den Einfluss Chinas positiv ein - mehr, als den Einfluss der Vereinigten Staaten (60 Prozent), der Vereinten Nationen (57 Prozent) oder der ehemaligen Kolonialmächte (46 Prozent) für gut befanden. Auch die Neue Seidenstraße, der sich inzwischen 142 Länder angeschlossen haben, stärkt den Einfluss der Volksrepublik zuweilen auf Kosten desjenigen der EU - zum Beispiel in Südosteuropa. So ist der Hafen von Piräus, den der chinesische Konzern COSCO in einen Zielpunkt der "maritimen Seidenstraße" transformiert hat, dadurch zum größten Mittelmeerhafen Europas aufgestiegen; die griechische Regierung tut sich seither etwas schwerer damit, auf Druck aus Berlin antichinesische Resolutionen der EU abzunicken. In Serbien, durch das ein Strang der Neuen Seidenstraße verläuft und das im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie von China unterstützt wurde, kaum aber von der EU, sind mittlerweile 47 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, die Volksrepublik sei ein wirklicher Verbündeter ihres Landes. Von der EU meinen das nur elf Prozent.

Dass China der EU Einfluss streitig macht, treibt Berlin und Brüssel dazu, sich gegen Beijing zu wenden - und zwar umso mehr, je mehr die Volksrepublik erstarkt. Das Problem ist nur: Vor allem deutsche Unternehmen sind ökonomisch auf die Kooperation mit China angewiesen, das nicht nur größter Handelspartner, sondern auch einer der bedeutendsten Investitionsstandorte der Bundesrepublik ist. Zahlreiche Konzerne, vor allem solche aus der Kfz-Branche, könnten ohne ihr Chinageschäft nicht mehr in ihrer heutigen Form fortbestehen; Volkswagen etwa setzte zuletzt 41 Prozent sämtlicher weltweit verkauften Fahrzeuge in der Volksrepublik ab, BMW 32 Prozent, Daimler 29 Prozent. Dabei wächst der chinesische Markt - anders als die Märkte des Westens - in rasantem Tempo, verspricht also gewaltige Zukunftsgeschäfte; und nicht zuletzt: Chinas immer weiter an die Weltpitze drängende High-Tech-Branche macht das Land zunehmend auch als Forschungs- und Entwicklungsstandort attraktiv. Für die deutsche Wirtschaft ist China weiterhin hochprofitabel; das ist der Grund, weshalb Bundeskanzler Olaf Scholz im Dezember 2021 bei seinem ersten Telefonat mit Präsident Xi vereinbarte, man wolle das Investitionsabkommen zwischen der Volksrepublik und der EU, das Ende 2020 auf Druck der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossen wurde, so bald wie möglich verabschieden. Das ist freilich umstritten, weil viele in der EU und auch in Deutschland inzwischen der außenpolitischen Rivalität mit China ein größeres Gewicht einräumen.

Noch ein wenig komplizierter wird das ohnehin komplexe Verhältnis zwischen der EU und China dadurch, dass chinesische Unternehmen sich inzwischen zu starken Konkurrenten für die deutsche bzw. europäische Wirtschaft entwickelt haben. Das könnte schon bald auch die für Deutschland so wichtige Kfz-Branche treffen: Chinesische Elektroautohersteller machen sich längst nicht nur daran, den chinesischen Markt zu erobern, sie zielen zunehmend auch nach Europa. Ob sie es mit VW, BMW und Daimler aufnehmen können - man wird es sehen. Die deutsche Wirtschaft jedenfalls bereitet sich längst auf einen harten Konkurrenzkampf nicht nur bei Elektrofahrzeugen vor. Als Anfang 2019 der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ein "Grundsatzpapier" zum Verhältnis zu China publizierte, da stufte er das Land - die unterschiedlichen Interessen zusammenfassend - als dreigestaltig ein: als "Partner", "Konkurrenten" und "systemischen Wettbewerber". In Form des Dreiklangs "Partner, Wettbewerber, systemischer Rivale" hat dies längst Eingang auch in die Positionsbestimmung der EU gegenüber der Volksrepublik gefunden.

Einfacher liegen die Dinge im Verhältnis der Vereinigten Staaten zu China. Zwar haben auch US-Konzerne riesige Summen in der Volksrepublik investiert; doch hat das Chinageschäft für

sie nicht ganz so herausragende Bedeutung wie für deutsche Unternehmen, und vor allem: Für die USA ist der Kampf um ihre globale Führungsposition eindeutig prioritätär. Präsident Donald Trump hat, nachdem seine Vorgänger jeweils in Kriegen im Mittleren Osten steckengeblieben waren, den US-Abzug aus Afghanistan ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt und einen weitgehenden Abzug aus dem Irak vorbereitet. Den Machtkampf gegen China hat er voll entfesselt, zunächst als Wirtschaftskrieg mit Strafzöllen und Sanktionen; letztere zielen - mit wechselnden, gern menschenrechtlichen Begründungen, was im Trump'schen Fall besonders pikant ist - vor allem darauf ab, Chinas High-Tech-Branche zu schädigen. Trumps Nachfolger Joe Biden führt den Wirtschaftskrieg in vollem Umfang fort. Dass Biden im Dezember 2021 nach seinem Videogipfel mit Russlands Präsident Putin mitteilte, er sei zu Verhandlungen über Moskaus "rote Linien" im Ukraine-Konflikt bereit, lud zu Spekulationen ein: Nahm er der EU und dem Normandie-Format die Zügel aus der Hand, um den Machtkampf gegen Russland in Osteuropa sozusagen auf hohem Eskalationsniveau einzufrieren und damit freiere Hand für die Eskalation des Machtkampfs gegen China zu haben? Ausgeschlossen schien das jedenfalls nicht; mehrfach haben US-Strategen in den vergangenen Jahren darauf gedrungen, Prioritäten zu setzen; vorrangig sei das Vorgehen gegen Beijing.

Wie auch immer: Washington hat den großen, aus seiner Sicht alles entscheidenden Kampf um die globale Führungsposition gegen China nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch politisch und militärisch eskaliert. Die USA haben mittlerweile 60 Prozent ihrer Navy und ihrer Air Force im Indischen und im Pazifischen Ozean stationiert, und sie intensivieren ihre Manövertätigkeit in der Asien-Pazifik-Region. Zudem revitalisieren sie dort alte und schaffen neue Bündnisse. Großbritannien etwa weitet seine Marineaktivitäten im Indischen und Pazifischen Ozean aus und arbeitet dabei sehr eng mit den Vereinigten Staaten zusammen. Deutschland schließt sich an, hat im Jahr 2021 mit der Fregatte Bayern ein Kriegsschiff auf Asien-Pazifik-Fahrt entsandt und wird dies künftig regelmäßig wiederholen; bereits diesmal führte die "Bayern" gemeinsame Manöver mit den Marinen der USA und weiterer verbündeter Staaten durch. Der 2017 wieder ins Leben gerufene Quad-Pakt (Quadrilateral Security Dialogue) der Vereinigten Staaten mit Australien, Japan und Indien hat mittlerweile eine bedeutende militärische Komponente, und im September 2021 kam der AUKUS-Pakt (Australia, United Kingdom, United States) hinzu. Mit Letzterem ist es Washington gelungen, Frankreich im Indischen und im Pazifischen Ozean zu schwächen: Paris, das sich, gestützt auf seine fortbestehenden Kolonien, bis heute als "indo-pazifische" Macht begreift, hatte dort auf eine Allianz mit Canberra gesetzt. Mit dem Abschluss des AUKUS-Pakts nahmen die USA ihm faktisch die Chance zu einer eigenständigen Militärpolitik in der Region aus der Hand und rissen die alleinige Führung im Aufmarsch gegen China an sich.

Wird der Machtkampf gegen China zum Krieg eskalieren? In den Vereinigten Staaten wird das längst ausführlich diskutiert. Im März 2021 schaffte es der Roman "2034", in dem ein solcher Krieg beschrieben wird, auf die Bestsellerliste der New York Times. Einer der beiden Autoren, James Stavridis, war Admiral der U.S. Navy und von 2009 bis 2013 NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR). Er berichtete im Frühjahr 2021, Kollegen hielten das Szenario seines Romans für recht realistisch, hätten nur zuweilen an einem Punkt Kritik geübt: an der Annahme, die Zeit für einen solchen Krieg sei im Jahr 2034 reif. Nicht wenige seien überzeugt, berichtete Stavridis, dieser Zeitpunkt werde schon viel früher kommen - vielleicht 2026, vielleicht 2024. Sogenannte war games, bei denen die US-Militärs einen möglichen Krieg durchspielen, kamen zuletzt zu dem Resultat, die Vereinigten Staaten könnten ihn, da China seine defensiven Kapazitäten mit Erfolg aufgerüstet habe, derzeit nicht gewinnen. Das verheißt freilich keine Entspannung, sondern nur einen neuen Rüstungswettlauf. Die EU und

ihre Mitgliedstaaten beteiligen sich - siehe die Asien-Pazifik-Fahrt der Fregatte Bayern - zunehmend daran: In den vergangenen Jahren außenpolitisch weitgehend erfolglos und nicht mehr in der Lage, russische sowie chinesische Einflussgewinne in ihrer unmittelbaren Umgebung zu verhindern, lehnen sie sich wieder mehr an die USA an. (...)

Die zweite Front der Bundeswehr

Die deutsche Luftwaffe startet die größte Verlegung ihrer Geschichte in die Asien-Pazifik-Region. Ziele: Beteiligung an Großmanövern, Festigung antichinesischer Militärbündnisse.

german-foreign-policy.com, 17 Aug 2022

BERLIN/SINGAPUR/CANBERRA (Eigener Bericht) – Die deutsche Luftwaffe verlegt zu zwei Großmanövern und mehreren kleineren Kriegsübungen 13 Militärflugzeuge für knapp zwei Monate in die Asien-Pazifik-Region. Bei der Maßnahme (Rapid Pacific 2022), die am Montag gestartet wurde, handelt es sich laut Luftwaffeninspekteur Ingo Gerhartz um „mit Abstand die größte Verlegung seit Bestehen der Luftwaffe“. Die deutschen Militärjets beteiligen sich zunächst an den australischen Großmanövern Pitch Black (Luftwaffe) sowie Exercise Kakadu (Marine), bevor sie zu weiteren Übungen bzw. Militärbesuchen nach Singapur, Japan und Südkorea aufbrechen. Laut Gerhartz kann die Maßnahme durchaus als „Machtdemonstration“ („Show of Force“) eingestuft werden. Sie setzt die Asien-Pazifik-Fahrt der Fregatte Bayern (August 2021 bis Februar 2022) fort, der 2023 eine nächste Marineentsendung folgen soll. Im Gespräch ist eine Durchfahrt durch die Taiwanstraße, die das Potenzial hätte, den Konflikt mit China eskalieren zu lassen. Gerhartz legt Wert auf die Feststellung, die Luftwaffe sei in der Lage, parallel an der NATO-Ostflanke und in der Asien-Pazifik-Region zu operieren – gegen Russland und gegen China.

„Schnell und weltweit einsetzbar“

Die Übung Rapid Pacific 2022 hat am Montag mit dem Aufbruch von insgesamt 13 deutschen Militärflugzeugen in die Asien-Pazifik-Region begonnen. Beteiligt sind sechs Eurofighter vom Taktischen Luftwaffengeschwader 74 aus Neuburg an der Donau, darüber hinaus vier Transportflugzeuge A400M vom Lufttransportgeschwader 62 aus Wunstorf sowie drei Tankflugzeuge A330 MRTT vom Multinationalen Luftransportverbund aus Eindhoven (Niederlande), die die sechs Eurofighter unterwegs regelmäßig betanken. Insgesamt sind rund 250 deutsche Militärs involviert. Nach einem ersten Zwischenstopp auf der Luftwaffenbasis Al Dhafra (Vereinigte Arabische Emirate) trafen die Flugzeuge gestern in Singapur ein – keine 24 Stunden nach dem Abflug, wie die Bundeswehr hervorhebt: Man sende damit „das klare Signal, dass die Luftwaffe schnell und weltweit einsetzbar ist“, hatte Luftwaffeninspekteur Ingo Gerhartz vorab erläutert.[1] Von Singapur aus werden die Flugzeuge nach Darwin im Norden Australiens verlegt. Einer der Eurofighter steckt freilich vorläufig mit defekter Hydraulik in Al Dhafra fest. Rapid Pacific 2022 ist, wie Gerhartz konstatiert, „mit Abstand die größte Verlegung seit Bestehen der Luftwaffe“.[2]

Luftangriffe in größeren Formationen

In Darwin nehmen die deutschen Militärs zunächst am Luftwaffenmanöver Pitch Black („pechschwarz“) teil, das laut Angaben der australischen Air Force am Freitag (19. August) beginnt und bis zum 8. September andauert. Pitch Black wird alle zwei Jahre abgehalten; es handelt sich um das größte Manöver der australischen Luftstreitkräfte mit internationaler

Beteiligung. Angekündigt sind in diesem Jahr rund 2.500 Soldaten und etwa 100 Flugzeuge aus insgesamt 17 Staaten – neben den Vereinigten Staaten und Kanada vier aus Europa (Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Großbritannien), die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Indien, zwei aus Ostasien (Japan, Südkorea), fünf aus Südostasien (Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien, die Philippinen) sowie Australien und Neuseeland. Laut Angaben der australischen Air Force nimmt Frankreich auch mit Einheiten aus seiner Pazifikkolonie Neukaledonien teil.[3] Geübt werden laut Angaben der deutschen Luftwaffe nicht nur defensive Operationen, sondern auch Luftangriffe „in größeren Formationen“; die deutschen Eurofighter werden, heißt es, für Luftkämpfe („Luft-Luft-Rolle“) wie auch für Angriffe auf Ziele am Boden („Luft-Boden-Rolle“) eingesetzt.[4]

Marineoperationen auf höchstem Niveau

Ist die deutsche Luftwaffe – wie die Luftwaffen Japans und Südkoreas – erstmals in Pitch Black involviert, so beteiligt sie sich ebenfalls zum ersten Mal am größten Marinemanöver Australiens, an der Exercise Kakadu. Diese findet vom 12. bis zum 25. September vor der Küste Nordaustraliens statt; angekündigt sind über 3.000 Soldaten mit 19 Schiffen und 34 Flugzeugen aus 25 Staaten, darunter neben Deutschland nicht zuletzt Japan und Indien. Trainiert werden unterschiedlichste Operationen bis hin zu Kampfhandlungen auf höchstem Eskalationsniveau.[5] Die Aufgabe der Luftwaffe soll laut Angaben der Bundeswehr sein, Kriegsschiffe verbündeter Staaten aus der Luft zu schützen.

Eine Machtdemonstration

Abschließend wird sich das deutsche Luftwaffengeschwader laut aktuellem Planungsstand aufteilen. Nach dem Ende der Exercise Kakadu sollen drei Eurofighter in Singapur gemeinsame Übungen mit den dortigen Luftstreitkräften durchführen; drei weitere werden gemeinsam mit einem Tank- und einem Transportflugzeug nach Japan verlegen, ein anderes Transportflugzeug wird zu einem Kurzbesuch nach Südkorea fliegen.[6] Für Anfang Oktober ist dann der Rückflug nach Deutschland geplant. Luftwaffeninspekteur Gerhartz kündigt an, einen der drei Eurofighter auf dem Weg nach Japan persönlich zu steuern, um die besondere Bedeutung der Operation hervorzuheben. Gerhartz räumt ein, die gesamte Aktion könne durchaus als „Machtdemonstration“ („Show of Force“) verstanden werden.[7]

Militärblock gegen China

Mit Rapid Pacific bzw. mit der erstmaligen Teilnahme an Pitch Black und an der Exercise Kakadu beginnt die Bundeswehr ihre Aktivitäten in der Asien-Pazifik-Region zu verstetigen. Im August vergangenen Jahres war die Fregatte Bayern zu einer ersten großen Asien-Pazifik-Fahrt aufgebrochen, von der sie im Februar dieses Jahres zurückkehrte.[8] Für 2023 hat die deutsche Marine eine weitere Asien-Pazifik-Fahrt angekündigt; die Rede ist diesmal von der Entsendung zweier Kriegsschiffe, womöglich im Rahmen einer multinationalen Formation. Ende vergangenen Jahres teilte der damalige Marineinspekteur Kay-Achim Schönbach mit, er werde dafür die Fahrt durch die Taiwanstraße empfehlen.[9] Dabei geriete die deutsche Marine in einen unmittelbaren Konflikt mit der Volksrepublik, die die Taiwanstraße als exklusiv chinesisches Gewässer begreift. Besonderen Wert legt die Bundeswehr bei ihren Asien-Pazifik-Aktivitäten auf eine intensive Militärkooperation mit denjenigen vier Staaten, die ihre Zusammenarbeit mit der NATO kontinuierlich ausbauen – mit Japan und Südkorea, Australien und Neuseeland.[10] Damit verfestigt sich ein westlicher Militärblock rings um China im großen Machtkampf gegen die Volksrepublik.

„Kein Entweder-Oder“

Dies geschieht, während die Bundeswehr sich gleichzeitig in Ost- und Südosteuropa mit geballter Macht gegen Russland in Stellung bringt. Dazu trägt auch die Luftwaffe bei. So war das Taktische Luftwaffengeschwader 74 aus Neuburg an der Donau, das aktuell Eurofighter nach Australien entsendet, zuletzt im Februar und im März dieses Jahres federführend bei der Luftraumüberwachung der NATO in Rumänien („enhanced Air Policing South“). Zum 1. August haben vier Eurofighter vom Taktischen Luftwaffengeschwader 71 aus Wittmund und ein Eurofighter vom Taktischen Luftwaffengeschwader 31 aus Nörvenich auf dem estnischen Luftwaffenstützpunkt Ämari die Sicherung des Luftraums über den baltischen Staaten übernommen – für insgesamt neun Monate.[11] Luftwaffeninspekteur Gerhartz teilt dazu mit, die Luftwaffe könne gleichzeitig an der NATO-Ostflanke und im Pazifik operieren, „mit mehreren parallel zu erfüllenden Aufträgen“ zugleich: „Für uns gibt es kein Entweder-Oder!“[12] Da nach allgemeiner Überzeugung zur Zeit die Kriegsgefahr nicht nur in Ost- und Südosteuropa, sondern auch in Ostasien steigt, nimmt damit das Risiko einer deutschen Verwicklung in einen an zwei Fronten geführten Weltkrieg zu.

[1], [2] Ingrid Müller: Von Neuburg aus in den Indopazifik. m.tagesspiegel.de 14.08.2022.

[3] Exercise Pitch Black 2022. airforce.gov.au.

[4] Rapid Pacific 2022. bundeswehr.de.

[5] Andrew Herring: Kakadu 2022 set to be biggest ever. news.defence.gov.au 01.08.2022.

[6] Sebastian Hofmann: Bis ans andere Ende der Welt. donaukurier.de 15.08.2022.

[7] Antonia Yamin: 6 Eurofighter in 24 Stunden nach Asien. bild.de 15.08.2022.

[8] S. dazu [Manöver in Ostasien \(II\)](#) und [Die Fregatte Bayern auf Kolonialfahrt \(II\)](#).

[9] Wolfgang Hirn: Bundeswehr im Indo-Pazifik. chinahirn.de 29.12.2021.

[10] S. dazu [Die NATO am Pazifik](#).

[11] Eurofighter zur NATO-Mission ins Baltikum gestartet. bundeswehr.de 27.07.2022.

[12] Antonia Yamin: 6 Eurofighter in 24 Stunden nach Asien. bild.de 15.08.2022.